



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

B/V/46

23. Februar 1950

"Heil dir, du schönes Oldenburg"

sp. Artikel 29 des Grundgesetzes bestimmt, dass das Bundesgebiet unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge durch Bundesgesetz in der Weise neu gegliedert werden soll, dass lebensfähige Länder entstehen. In Gebietsteilen, die nach dem 8. Mai 1945 ohne Volksabstimmung ihre Landeszugehörigkeit geändert haben, kann binnen eines Jahres nach Inkrafttreten des Grundgesetzes durch Volksbegehren eine Änderung der Landeszugehörigkeit gefordert werden. Das würde bedeuten, dass diesbezügliche Volksbegehren bis zum 23. Mai 1950 durchgeführt sein müssen. Man weiss, dass bei der Beratung des Grundgesetzes die Militär-Gouverneure bei diesem Artikel 29 gewisse Vorbehalte geltend gemacht haben, weil die "Londoner Dokumente" vorschrieben, dass ausser dem Südweststaat vor einem Friedensvertrag keinerlei Änderungen im Gebiet der Bundesrepublik vorgenommen werden sollten.

Das war auch der Anlass, dass der zuständige Ausschuss des Bundesrates beschlossen hatte, der Regierung zu empfehlen, das am 8. Februar dem Bundesrat vorgelegte "Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid bei Neugliederung des Bundesgebietes gemäss Artikel 29, Abs. 2 bis 6 des Grundgesetzes" zurückzuziehen. Erst als dem Bundesrat mitgeteilt wurde, dass die Hohen Kommissare sich mit dem Gedanken tragen, die Vorbehalte gegen Artikel 29 nicht aufrecht zu erhalten, entschloss man sich zur Beratung dieses Gesetzes, das vom Bundesrat mit einigen Änderungen angenommen wurde und nun in Kürze dem Bundestag zur Beratung vorliegen wird. Danach kann von jedem deutschen Gebietsteil bis zum 15. April beim Bundesminister des Innern die Durchführung eines Volksbegehrens beantragt werden, wenn die erforderliche Anzahl der wahlberechtigten Bevölkerung den Antrag unterschreibt.

Wer die Deutschen kennt, wird sich nicht wundern, wenn nun an allen Ecken und Enden der Bundesrepublik die Eigenstaatlichkeits-

fanatiker wach werden. Überall wird man landsmannschaftliche Verbundenheit oder historische Zusammenhänge entdecken, mit Englezungen wird man die von den Vätern ererbten kleinen Vaterländer preisen und darüber Deutschland vergessen. Warum sollen die Hohen Kommissare die Deutschen daran hindern, wenn sie sich selbst zerreißen wollen? Wenn erst einmal das eigene Land und Ländchen geschaffen ist, wird das Fordern kein Ende nehmen. Man wird seine eigene Nationalhymne haben und seine Landesfarben, seine eigene uniformierte Polizei und schliesslich auch seine eigenen Briefmarken. Der Bundesinnenminister wird seine Freude haben über die grosse Zahl der Anträge, die auf Durchführung eines Volksbegehrens bis zum 15. April bei ihm eingehen.

Schon wird im Oldenburgischen Geld für die Durchführung eines Volksbegehrens gesammelt. Oldenburg beruft sich auf seine alte Geschichte, es will wieder ein selbständiger Staat werden. Und es verspricht seinen Oldenburgern den Himmel auf Erden, aber nur in einem selbständigen Oldenburg. Und eine Nationalhymne ist auch bereits da: "Heil dir, du schönes Oldenburg". Sie ist auf Postkarten gedruckt, die im Lande verkauft werden und aus deren Erlös das Volksbegehren finanziert werden soll. Aus Südschleswig wird bekannt, dass es ebenfalls einen Antrag auf ein Volksbegehren stellen wird. Hessen will grösser werden und richtet hungrige Blicke auf Gebietsteile von Rheinland-Pfalz, die einmal zu Nassau gehörten. Auch Bayern beansprucht "uraltes bayerisches Staatsgebiet rechts des Rheins". Alle umwerben mit ihren Vaterländern die Einwohner jener Gebietsteile, die sie gerne noch einverleiben möchten. Es kann ein schöner Wettstreit werden. Einer wird mehr bieten als der andere - und am Schlusse sind sie doch alle Habenichtse. Angesichts solcher Ankündigungen, von denen man nur wünschen möchte, dass sie Ankündigungen bleiben, wird man an einen völkerpsychologischen Scherz erinnert, der jene unheilvolle Eigenschaft der Deutschen kennzeichnet - ein Deutscher - ein Denker, zwei Deutsche - ein Verein, drei Deutsche - eine Partei, vier Deutsche - ein Land. Unter diesen Aspekten geht man an die Verwirklichung des Europa-Union-Gedankens.

A.M.

Herabsetzung der Arbeitszeit

Im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution
Von Tony Sender, New York

Die Verfasserin war bis zum Jahre 1933 Mitglied des Deutschen Reichstages (SPD). Sie ist jetzt Bürgerin der Vereinigten Staaten und wurde von der Amerikanischen Gewerkschaftsföderation (American Federation of Labor) zu deren Vertreterin im Sozial- und Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen ernannt. In dieser Eigenschaft nimmt Tony Sender aktiv an allen Beratungen und Arbeiten der "United Nations" teil, an denen die Arbeiterschaft aus wirtschaftlichen, sozialpolitischen oder auch allgemein politischen Gründen interessiert ist.

Vor unseren Augen, wenn auch nicht von uns allen bemerkt geht ein Prozess vor sich, der entscheidend für die ganze zukünftige Wirtschaftsentwicklung ist. Die Forschung, insbesondere die moderne Technik, haben weitgehend die Industrie umgewandelt und eine immense Ersparung von Arbeitskräften erreicht.

Soll der Arbeiter sich gegen diesen revolutionierenden technischen Fortschritt wenden? Das würde uns in das Zeitalter der Maschinenstürmer zurückbringen und wir würden mit Gewissheit die Verlierer sein. Lasst den Arbeiter an den Folgen der geistigen technischen Errungenschaften teilhaben und den Fortschritt in einer Weise auswerten, dass alle davon profitieren.

Die American Federation of Labor hat, von diesen Ideen geleitet, beantragt, dass der Wirtschafts- und Sozialausschuss der U.N.

den Gegenstand der internationalen Herabsetzung der Arbeitszeit zunächst auf 40 Stunden mit dem Ziel der 30-Stunden-Arbeitswoche

auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen soll. Selbstverständlich darf dies keine Verkürzung des Wochenlohnes zur Folge

haben. Die AFoL konnte einen solchen Antrag stellen, weil sie im Rate und in allen seinen Kommissionen mit beratender Stimme vertreten ist.

Anhand umfangreichen Materials wird nachgewiesen, dass die Produktivität der Arbeit in den letzten Jahrzehnten gewaltig ge-

stiegen ist, obwohl die Arbeitszeit dauernd herabgesetzt wurde. Hinzu kommt: Die Lebensdauer der Menschen ist enorm gestiegen,

teils als Resultat des Fortschritts in der medizinischen und pharmazeutischen Wissenschaft, teils infolge der besseren Kenntnis

über die beste Form der Ernährung. Zur gleichen Zeit zeigt die Statistik eine Tendenz zur Erhöhung der Geburten.

In diesem Dokument, das von der AFOL dem Rate unterbreitet wurde, wird auf den stürmischen technischen Fortschritt hingewiesen, an dessen Früchten der Arbeiter noch nicht entsprechend teilnimmt. Es ist richtig, der Standard der Lebenshaltung, besonders in den Vereinigten Staaten, ist gestiegen. Damit ist aber noch nicht das berechtigte Streben des Arbeiters nach Teilnahme an dem kulturellen Fortschritt erfüllt. Ein australisches Gericht, das über eine Herabsetzung der Arbeitszeit für Australien zu urteilen hatte, betonte, dass die Freizeit nicht nur bedeute, Freiheit von Zwang, Dienste leisten zu müssen, sondern Freiheit, eigenen Interessen nachgehen zu können, sich kulturell weiter zu entwickeln, seine Aufmerksamkeit Tätigkeiten zuwenden zu können, die nichts mit dem Zwang zum Geldverdienen zu tun haben.

Im Jahre 1935 hatte das Internationale Arbeitsamt eine Konvention angenommen, die das Prinzip der 40-Stunden-Woche genehmigt, aber das Dokument selbst als eine Proklamation zukünftiger Politik bezeichnet. Heute, 15 Jahre später und angesichts der umwälzenden Fortschritte, kann die 40-Stunden-Woche nicht mehr Zukunftsmusik sein. Sie muss zum Gegenwartsziel werden.

Die Federation of Labor denkt nicht daran, dass alles nur durch den Staat gesichert werden soll. Sie hat Vertrauen in die Kampfkraft starker und freier Gewerkschaften, um dem Ziele näher zu kommen. Aber in der kleiner gewordenen Welt ist es notwendig, dass der soziale Fortschritt auch in anderen industriellen Staaten vor sich geht. Darum verlangt sie: Die Einführung der 40-Stunden-Woche; zugleich aber auch eine Untersuchung über die weitere Herabsetzung der Arbeitszeit mit dem Ziel einer 30-Stunden-Woche. Dieses Ziel soll in engster Zusammenarbeit mit dem internationalen Arbeitsamt verfolgt werden. Aber es gibt Länder, die der UNO angehören, aber dem Internationalen Arbeitsamt nicht angeschlossen sind. Insbesondere ist die Sowjetunion dem Internationalen Arbeitsamt ferngeblieben, wohl um nicht die Verpflichtungen zu übernehmen, die die Mitgliedschaft mit sich bringt.

Je mehr Interesse die arbeitenden Menschen dieser Frage gegenüber äußern, desto besser sind die Aussichten, dass der Rat die Frage auf die Tagesordnung setzt und sie in für die Arbeiter günstiger Weise beantwortet.

Hans Böckler 75 Jahre alt

Der Bundesvorsitzende des neu gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hans Böckler, der am 26. Februar seinen 75. Geburtstag begeht, ist heute eine der ehrwürdigsten Gestalten der deutschen Politik. Seine Leistung für einen, höchsten politischen und sozialen Zielen gewidmeten Arbeitsleben, das ein halbes Jahrhundert umspannt, hat ihm überall, und nicht nur in Deutschland, höchste Wertschätzung erworben. Sie gilt in gleicher Weise seinen menschlichen Eigenschaften wie seinem ehrlichen politischen Willen.

In besonderem Masse haben ihm stets Besonnenheit, Sachlichkeit in der Beweisführung und ruhige Entschiedenheit in der Verfolgung der Ziele ausgezeichnet, die er als richtig erkannt hat. Auch in jüngeren Jahren war er kein Mann des Sturms und Dranges. Temperamentvollere Freunde haben ihm das bisweilen verübelt. Aber niemals hat irgend jemand Grund gehabt, an der Aufrichtigkeit seiner Gesinnung und der Festigkeit seiner Haltung zu zweifeln, wenn es ihm darauf ankam, über die Gewerkschaften der deutschen Arbeiterschaft immer erträglichere Lebensbedingungen und den gesetzlich verankerten Schutz einer gesicherten Existenz zu verschaffen. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe war er unermüdet bis auf den heutigen Tag, der Anlass zu dem herzlichen Wunsch sein soll, dass ihm diese Arbeitskraft durch weitere Jahre unvermindert erhalten bleiben möge.

ooo

Hans Böckler wurde am 26. Februar 1875 in Traunstein in Franken geboren. Nachdem er die Volksschule beendet hatte, wurde er Lehrling bei einem Goldarbeiter. 19-jährig trat er dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und der Sozialdemokratischen Partei bei. Bald war er ein sehr aktiver Gewerkschafter und schon 1903 schickte man ihn in das Saargebiet, um die Gewerkschaften in der dortigen Schwerindustrie zu organisieren. Später arbeitete er als Bezirkssekretär der Gewerkschaften in Frankfurt/Main und in Breslau.

Nach dem ersten Weltkriege wurde er Sekretär der Zentral-Arbeitsgemeinschaft, einer gemeinsamen Körperschaft aus Vertretern von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Als sie aufgelöst wurde, ging Böckler als Führer der Metallarbeiter-Bewegung wieder in das Rheinland zurück. 1927 berief ihn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an die Spitze der Freien Gewerkschaften in Rheinland, Westfalen und Lippe. 1928 bis 1933 war er sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln-Aachen.

Nach 1933 wurde er mehrfach für längere Zeit in Haft genommen, kam aber immer mit dem Leben davon. Nach dem 20. Juli 1944 lebte er als Landarbeiter in einem Versteck, von dem nur wenige seiner besten Freunde wussten. Erst mehrere Monate nach Kriegsende kehrte

er nach Köln zurück und sammelte dort seine alten Freunde um sich. Am 14. Oktober 1949 wurde er auf dem Gründungskongress der Gewerkschaften der Bundesrepublik Deutschland in München zum Bundesvorsitzenden des "Deutschen Gewerkschaftsbundes" gewählt. Anlässlich seines 73. Geburtstages hatte ihm die Rechtsfakultät der Universität Köln in Ansehung seiner Lebensarbeit für das Wohl des deutschen Arbeiters die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

- o - o -

Die West-Jugend geht nicht auf den Leim

sp. Entsprechend den Anordnungen, die in Berlin-Grünau zur Durchführung des Pfingst-Treffens der ostzonalen Jugend beschlossen worden sind, hat auch die FDJ im Bundesgebiet die Aufgabe, möglichst unverfänglich unter den westdeutschen Jugendorganisationen für den "Marsch auf Berlin" zu werben. Wie diese Werbung vor sich gehen soll, wurde vor kurzem auf einer FDJ-Tagung in Frankfurt/Main unter Vorsitz des FDJ-"Führers" Honnecker beschlossen. Kurz darauf setzte die Werbeaktion ein. Sie trägt von plumpen Überredungsversuchen bis zum Erschleichen von Unterschriften alle Züge ostzonaler Taktik. Dabei wird auch die Behauptung ausgestreut, dass besonders unter den "Falken" grosse Bereitschaft für eine Teilnahme an dem Pfingst-Treffen bestehe. Das Zentralsekretariat der "Falken" veröffentlicht nun in der Falken-Zeitschrift "Unsere Welt" eine Erklärung, in der u.a. gesagt wird, dass die Falken "einem solchen Missbrauch der Jugend ein entschiedenes Nein entgegensetzen". In der Erklärung wird an die zahlreichen Falken-Mitglieder erinnert, die heute noch in der Ostzone in Gefängnissen festgehalten werden.

Auch der Deutsche Bundesjugendring, dem alle westdeutschen Jugendorganisationen angehören, warnt die deutsche Jugend, sich an dem Treffen zu beteiligen. "Durch eine solche Demonstration wird die Jugend wie in der Zeit des Nationalsozialismus für politische Ziele missbraucht". heisst es in der Erklärung unter anderem.

- o - o -

Im Nachtrag zu unserer
gestrigen Sonderausgabe:

F r i e d r i c h E b e r t

Persönliche Erinnerungen von Dr. Walter Zechlin

Dem Reichspräsidenten Ebert wurde ich dadurch vorgestellt, dass ich zum Empfang von Spaniern und Lateinamerikanern als Dolmetscher hinzugezogen wurde, wofür im Augenblick andere Kräfte des Auswärtigen Amtes nicht zur Verfügung standen. Was mir bei dieser Gelegenheit auffiel, und sich später, als ich als Stellvertreter des Pressechefs der Reichsregierung bei dessen Abwesenheit den täglichen Pressevortrag beim Reichspräsidenten wahrzunehmen hatte, immer mehr verstärkte, war die Sicherheit und Ruhe, die von Ebert ausging.

Man merkte ihm an, dass er es seit Jahren gewohnt war, an der Spitze einer Millionenpartei, der deutschen Sozialdemokratie, zu stehen und in dieser seiner Eigenschaft klar zu denken und entschlossen zu handeln. Hinzu kam bei ihm der Umstand, dass er als langjähriger Vorsitzender der Budget-Kommission des Reichstages, also des wichtigsten Reichstagsausschusses, über ein auf alle Gebiete sich erstreckendes, umfassendes Wissen verfügte. Gerade wenn man dies bedenkt, wird die vollkommene Lächerlichkeit des Geschwätzes von dem "Sattler" Abert offensichtlich, das in Spiessbürgerkreisen allgemein war und leider auch dazu beigetragen hat, den Kampf gegen die Weimarer Demokratie zu erleichtern. Den Pressevortrag morgens um 11.00 Uhr nahm er in seinem kleinen, zum Park hinaus gelegenen Arbeitszimmer entgegen, das sich in dem ihm zur Verfügung gestellten Reichspräsidenten-Palais in der Wilhelmstrasse befand. Das gleiche Zimmer wurde später ohne Änderung auch von Hindenburg benutzt, nur stand dann in dem Vorzimmer, das auch als Durchgang diente, die schöne Büste Eberts, die von der Meisterhand Kolbs gefertigt war. Wenn Hindenburg auf diese Tatsache angedeutet wurde, so wies er immer darauf hin, dass das bei der Persönlichkeit und den Verdiensten Friedrich Eberts um Deutschland in seiner schwersten Zeit eine Selbstverständlichkeit war. Erst in der Nazizeit wurde sie von ihrem Platz entfernt.

Wenn ich in Eberts Arbeitszimmer trat, erhob er sich von seinem am Gartenfenster stehenden Schreibtisch, begrüßte mich freundlich und nahm auf einem neben der Tür stehenden Sofa Platz, auf dessen runden Tisch ich meine Zeitungsmappe legen und den Vortrag

beginnen konnte. Obwohl er natürlich die Morgenzeitungen, das Despeschenmaterial des Auswärtigen Amtes und sonstige Informationsdienste bereits gelesen hatte und auch vom Lektorat der Presseabteilung noch eine Mappe mit ca. 100 Ausschnitten erhielt, hörte er aufmerksam zu, weil er Wert darauf legte, ein abgerundetes Bild aus der Presseschau zu gewinnen. Er stellte während des Vortrages klare und präzise Fragen, die sich fast immer auf bestimmte Tatsachen bezogen. Über die Probleme selbst, auch wenn sie für ihn fernliegende Gebiete betrafen, war er genau unterrichtet.

Es ist mir in meinem Leben vergönnt gewesen, mit sehr vielen, in massgebenden hohen Stellen stehenden Männern zu sprechen. Ich scheue mich nicht zu sagen, dass Ebert mir den Typ eines modernen Souveräns zu verkörpern schien. Er wusste, dass Politik zwar vom Herzen getrieben, aber mit dem Kopfe gemacht werden muss. Er war daher kühl, sachlich und liess sich nicht von Empfindungen und Gefühlen beherrschen. Ich erinnere mich, ihn nur einmal äusserlich wirklich ergriffen gesehen zu haben und es schien mir auch, als ob es in seinen Augen feucht schimmerte. Es war die Zeit, wo gegen ihn hahnebüchene und verleumderische Behauptungen erhoben wurden, die dann zu den Magdeburger Prozessen führten, bei denen er der Sabotage der Munitionslieferungen und überhaupt der vaterländischen Verteidigung während des ersten Weltkrieges beschuldigt worden war. Als ich naturgemäss versuchte, diesen Verleumdungen ihre Bedeutung zu nehmen und darauf hinwies, dass diese gewissenlose persönliche Hetze gegen ihn nur den Zweck habe, die Republik zu diffamieren und herabzusetzen, um an ihre Stelle eine reaktiv-näres System zu bringen, schüttelte er wehmütig den Kopf. Man sah es ihm an, dass er, der zusammen mit den hinter ihm stehenden Millionen deutscher Arbeiter das Beste gewollt und im Interesse des deutschen Volkes auch durchgesetzt hatte, durch diese widerliche Hetze, die sich dann später ebenso gegen Stresemann richtete, wesentlich dazu beigetragen hat, seine Konstitution und seine Vitalität so zu schwächen, dass er den Folgen einer Blinddarmoperation nicht mehr gewachsen war.

Wenn es auch müssig ist, darüber nachzudenken, wie sich die Lage in Deutschland bei einer längeren Lebensdauer Eberts, der im besten Mannesalter sterben musste, gestaltet hätte, so kann man doch wohl sagen, dass sein weiteres Wirken als Reichspräsident

die Demokratie so gefestigt haben würde, dass die Angriffe von rechts nicht zum Ziele geführt hätten und die spätere Entwicklung zur Herrschaft Hugenbergs und Hitlers nicht erfolgt wäre. Selbstverständlich zeigt die heutige Situation Deutschlands grosse Unterschiede mit der vor 25 Jahren. Aber eine gewisse Analogie ist doch vorhanden und wenn wir heute an den Tag denken, an dem vor 25 Jahren Friedrich Ebert aus dem Leben schied, so wollen wir nicht vergessen, unter welchen Umständen dieses geschah. Sein Tod soll eine Mahnung und Warnung sein, mit allen Kräften daran zu arbeiten, dass die Bestrebungen, welche die jetzige Katastrophe hervorgerufen haben, nicht noch einmal ein neues nationales Unglück über uns bringen.

- o - o -